

auf Asyl gerecht geworden. Welches andere europäische Land wäre in der Lage gewesen diese Herausforderungen bis zu diesem Punkt zu meistern? Insofern gibt es angesichts der schrecklichen Bilder,

die uns bis heute aus Syrien und dem Nahen Osten erreichen, vielleicht doch noch eine Frage, die bleibt: „Wer soll das schaffen, wenn nicht wir?“

Zuwanderung als Chance für Sachsen

Burkhard Jung

Oberbürgermeister der Stadt Leipzig

Drei Millionen Menschen. Das ist keine neue Flüchtlingsprognose, sondern das ist die nüchterne Zahl der Menschen, die im Jahr 2060 noch in Sachsen leben werden, folgt man der Hochrechnung des Statistischen Landesamtes in Kamenz¹, das sich mit der Bevölkerungsentwicklung im Freistaat seit Jahren beschäftigt. Drei Millionen Menschen, das bedeutet, dass innerhalb von ein bis zwei Generationen die Einwohnerzahl in Sachsen um eine Million Menschen sinken wird. Heute leben zwischen Leipzig und Görlitz noch rund 4 Millionen Menschen – und es waren auch schon einmal mehr, das ist kein Geheimnis. Betrachtet man noch die Sondereffekte der großen Städte und ihrer Ballungsräume – Leipzig beispielsweise wächst rasant um netto rund 15.000 Personen pro Jahr – dann lässt das für die Landkreise keine rosige Zukunft erwarten. Und einmal schrumpfende Regionen werden von selbst immer kleiner: Die Menschen, die dort nicht mehr leben, bekommen dort auch keine Kinder. Wenn nichts passiert, wenn keine Menschen zuwandern, dann werden wir in wenigen Jahrzehnten in einigen Landstrichen sehr viel Platz haben. Einige ländliche Regionen werden einen großen Teil ihrer Einwohner verlieren. Und wo kaum noch Menschen sind, gibt es keine Wertschöpfung, keine Wirtschaftsleistung, kein Steueraufkommen. Und damit auch keine Chance auf eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, wie sie das Grundgesetz vorsieht.



Burkhard Jung

Vor dem Hintergrund der Flüchtlingsdebatte herrscht oftmals die simple Gleichung vor: viele Menschen = große Probleme. Betrachten wir die Entwicklung demografisch und wirtschaftlich, dann müssen wir die Gleichung ganz anders aufmachen. Weniger Menschen bedeutet nämlich meist auch wirtschaftliche Rezession. Es ist doch kein Zufall, dass die boomenden Regionen in Deutschland die sind, die ein rasantes Bevölkerungswachstum verzeichnen: München, Frankfurt am Main, Hamburg, endlich auch Leipzig. Die Frage, ob eine Region prosperiert, weil viele Menschen hinzuziehen, oder ob die Menschen kommen, weil die Wirtschaft

floriert, ist nebensächlich. Das eine bedingt das andere, es ist ein Wechselspiel. Das bedeutet aber auch: Ohne das eine wird es das andere nicht geben. Wer durch Leipzig geht, sieht mittlerweile an vielen Geschäften Aushänge „Mitarbeiter gesucht“. Das ist neu, vor einigen Jahren gab es das bei uns so gut wie nicht. Wir haben in Leipzig unsere Arbeitslosigkeit halbiert bei gleichzeitig starkem Bevölkerungswachstum. Und ich bin mir sicher: Ohne dieses starke Wachstum hätte es den Erfolg auf dem Arbeitsmarkt nicht gegeben. In vielen ländlichen Regionen gibt es die Schilder „Mitarbeiter gesucht“ nicht; der Pizza-Fahrer wird nicht gesucht, weil es den Pizza-Bringdienst gar nicht erst gibt; weil niemand da ist, der Pizza bestellt.

Und wenn wir jetzt auf die Flüchtlingssituation schauen, dann gilt eine ziemlich simple Wahrheit: Für die Wirtschaft ist es nebensächlich, wer da kommt, solange er Leistungsbereitschaft, Mut, Optimismus und Kreativität mitbringt. Die Herkunft ist nicht entscheidend. Man stelle sich vor, Leipzig hätte als internationaler Handelsplatz in den vergangenen Jahrhunderten die Zuwanderer nach Nationalitäten unterschieden. Wir wären eine kleine Stadt an einer Straßenkreuzung geblieben, das Geschäft hätten andere gemacht. Nutzen wir also in ganz Deutschland und Sachsen die Chance der Zuwanderung.

Nationalitäten sind nebensächlich, Integration ist es hingegen nicht. Ich verstehe sie als ein Aufeinander-Zugehen, nicht als ein Aufsaugen. Jeder gibt, jeder nimmt. Um beim Pizza-Beispiel zu bleiben: Die würde es heute bei uns nicht geben, wenn die Deutschen in der Bundesrepublik in den 1960er Jahren gesagt hätten: Pizza? Interessiert mich nicht. Haben sie aber nicht, bei allen Problemen, bei allen Vorurteilen und allen Fehlern, die damals gemacht worden sind, gab es doch immer eine Grundoffenheit. Wer ist der Neue, was kann er, was bringt er mit? Und natürlich auch: Wie kann ich selbst profitieren? Aus diesen „Neuen“ sind im Laufe der Jahrzehnte kräftige Steuerzahler geworden. Die 6,6 Millionen Migranten in Deutschland zahlten im Jahr 2012 gut 22 Milliarden Euro mehr an Steuern an den Staat, als an sie an Transferzahlungen zurückfloss².

Integration beginnt bei der Sprache. Wir schreiben gesetzlich fest „Die Amtssprache ist deutsch“³, und daraus kann nur folgen, dass es unsere erste Aufgabe ist, Flüchtlingen unsere Sprache

¹ <https://www.statistik.sachsen.de/html/428.htm> (bit.ly/1OPj7py)

² Prof. Dr. Holger Bonin, Der Beitrag von Ausländern und künftiger Zuwanderung zum deutschen Staatshaushalt, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH, Mannheim, S. 51

³ Verwaltungsverfahrensgesetz, § 23 Amtssprache

auch beizubringen. Wir können von niemandem erwarten, dass er Behördenbriefe auf Deutsch versteht und uns gleichzeitig nicht darum kümmern, wie er und sie die Sprache lernen. Unser Blick muss sich auf die Schulen richten, auf die Grundschulen, die Oberschulen, die Berufsschulen und die Volkshochschulen. Wir Kommunen sind also gefordert, Klassenzimmer bereitzustellen, der Freistaat ist in der Pflicht, die Lehrer einzustellen.

Und über die Sprache lernen sich auch unsere Werte. Indem jemand den deutschen Begriff „Gleichberechtigung“ lernt, ist er auch gezwungen, sich damit auseinander zu setzen. Was bedeutet dieses Wort, warum ist es uns so wichtig? Die Vermittlung unserer Werte beginnt mit der Sprache. Wer in seiner Muttersprache das Wort „Gleichberechtigung“ vielleicht gar nicht kennt, wird uns nie verstehen. Zur Integration gehört, den Neuankömmlingen auch Grenzen aufzuzeigen. Um es zuzuspitzen: Anhand des Wortes „Gleichberechtigung“ kann man auch das deutsche Wort „Strafgesetzbuch“ erklären.

Integration bedarf auch der Offenheit, Probleme anzusprechen. Wir müssen uns trauen zu sagen, was wir nicht akzeptieren und wir dürfen uns nicht davor scheuen, Konsequenzen anzudrohen und auch umzusetzen. Einen Unterschied mache ich, ob Probleme angesprochen, oder ob plumpe Parolen gegrölt werden. Auf plumpe Parolen folgen immer ebenso plumpe Lösungen, und die sind immer falsch. „Grenzen zu!“ klingt so schön einfach – und dann? Diese Antwort passt auf kein Transparent, man kann sie nicht von Tribünen brüllen, und die allermeisten sind auch zu bequem, sie in die Kommentarspalte bei Facebook zu tippen. Soziale Medien sind wie geschaffen für schnelle Parolen, bei tiefgreifenden Problemen sind sie nutzlos. Indem man sich gegenseitig anschreit, hat noch nie jemand ein Problem gelöst, das gilt ganz wörtlich wie auch im virtuellen Raum.

Nicht nur die Flüchtlinge, auch wir müssen unsere Sprache (wieder)finden. Und ganz besonders wir Kommunalpolitiker sind gefordert. Sprachlosigkeit wird uns nicht weiterhelfen. Wenn wir den Bürgerinnen und Bürgern in diesen Fragen nichts zu sagen haben, dann werden andere sehr schnell dieses Vakuum füllen. Dresden erlebt das jeden Montag, und auch kleinere Städte machen ihre ganz eigenen Erfahrungen mit den „besorgten Bürgern“. Unsere Aufgabe ist es nicht, den Bürgern nach dem Munde zu reden, aber unsere Aufgabe ist es, ihre Ängste und Argumente ernst zu nehmen. Unsere Aufgabe ist nicht, die Probleme zu betonen, sondern wir müssen Lösungen bieten. Wer als Bürgermeister oder Landrat den Bürgerinnen und Bürgern mit Mutlosigkeit und Resignation in diesen Fragen begegnet, der muss sich über allmorgentliche Aufmärsche nicht wundern. Das richtige Wort zu finden und den richtigen Ton zu treffen, ist nicht immer einfach – ich schließe mich da ein. Aber wir müssen es wenigstens versuchen.

Zuwanderung *kann* ein Gewinn sein. Sie ist es nicht per se, es ist an uns, die Rahmenbedingungen zu gestalten. Neben der Sprache ist es der Arbeitsmarkt, den wir auf die neue Situation einstellen müssen. Das Prinzip „Gesellenbrief“ ist in den allermeisten Ländern dieser Erde nicht bekannt. Und Integration kann nicht heißen, dass wir uns von diesem Erfolgsmodell verabschieden, es muss aber heißen, es zu öffnen. Die Integration wird misslingen, wenn wir Menschen wirtschaftlich keine Perspektive aufzeigen können. Wer merkt, dass er trotz Begabung und Fleiß nie mehr sein wird als ein Hilfsarbeiter, der wird resignieren. Aber über Hilfstätigkeiten kann bei vielen Zuwanderern der Einstieg in den Arbeitsmarkt gelingen. In Leipzig

gibt es momentan rund 3700 gemeldete freie Stellen (2009 waren es rund 1800), ein Großteil davon in Industrie, Logistik und Gastronomie. Wer jetzt auf Formalitäten pocht, wird ein Großteil der Menschen – übrigens sind davon auch viele Deutsche betroffen – ausgrenzen. Wenn es aber gelingt, neue Formen des Zugangs zum Arbeitsmarkt zu finden, die gleichzeitig auch die Chance zur Qualifizierung bieten, dann ist allen geholfen, den Arbeitgebern ebenso wie ausländischen und deutschen Arbeitslosen.

Die Situation wird verkompliziert dadurch, dass keine bildungshomogene Gruppe zu uns kommt. Es sind nicht nur Herzchirurgen oder Ingenieure aus Syrien, die bei uns um Asyl bitten. Ebenso müssen wir dem verfolgten Arbeiter aus dem Irak und dem Analphabeten aus Eritrea eine Zukunft bieten. Und zur Wahrheit gehört: Ein 40-jähriger ungelernter Analphabet wird auf dem deutschen Arbeitsmarkt aller Wahrscheinlichkeit nach keine Chance haben, jemals selbst für seinen Lebensunterhalt zu sorgen. Aber das ist erst dann schlimm, wenn wir versuchen, es zu verheimlichen, wenn bei den Bürgerinnen und Bürgern der Eindruck entsteht, wir verschließen unseren Blick vor unangenehmen Wahrheiten. Ökonomisch können wir es uns als reichstes Land Europas natürlich leisten, auch für vielleicht chancenlose Menschen, die ihre Heimat vor Krieg und Verfolgung verlassen haben, zu sorgen. Wir müssen nur den Mut haben, das zu sagen: Ja, wir helfen Menschen in Not. Auch, weil wir können. Aber vor allem: weil wir wollen. Wohnen, Sprache, Arbeit, Sport und Kultur sind die wichtigsten Felder der Integration. Gerade dem Sport kommt eine große Chance zu; zum Beispiel beim Fußball zählt, ob jemand mit dem linken Fuß einen sauberen Pass spielen kann und nicht, wie er aussieht oder wo er herkommt.

Auf die Kommunen kommen in den nächsten Monaten und Jahren riesige Aufgaben zu – auf Bund und Länder große Ausgaben. Und diese Trennung zwischen Aufgaben und Ausgaben sollten wir auch so strikt halten. In den Städten, Dörfern und in den Landkreisen sitzen die Helfer, die sich um die Flüchtlinge kümmern: „Viele von Ihnen tun das ehrenamtlich. Danke, Sie sind großartig!“ Die Verwaltungen und Hilfsorganisationen laufen seit Monaten im Ausnahmestadium, um Unterkünfte für Tausende Flüchtlinge bereitzustellen und zu betreiben. Wir bieten Sprachkurse, wir unterstützen Kleidersammlungen, wir kümmern uns um die minderjährigen Flüchtlinge, die ohne Eltern nach Deutschland gelangen. Vieles geschieht ehrenamtlich, aber auch die Hauptamtlichen in den Rathäusern leisten Großes und kaum jemand schaut auf Überstunden. Mittlerweile haben die Kommunen die Situation ganz gut im Griff. Und damit das so bleibt, müssen sie befreit bleiben um die Aufgabe, wie das alles zu finanzieren ist.

Die Finanzierung der Fluchtkrise ist Aufgabe von Bund und Ländern. An diesem Satz lasse ich nicht rütteln. Die Kommunen haben keinerlei Einfluss auf außenpolitische Strategien Deutschlands oder der EU, wir sitzen nirgends mit am Tisch. Wir entscheiden auch nicht mit, wenn es um die Finanzausstattung der Kommunen geht, dies wird zwischen Bund und Ländern ausgehandelt. Wir machen unsere Arbeit, und das bedeutet in diesem Fall: Wir helfen, wo immer es geht. Und ich erwarte, dass Bund und Länder ebenso ihre Arbeit erledigen, dass beispielsweise effektive Asylverfahren endlich greifen – aber vor allem, dass die Finanzierung klar ist. Wenn sich der Eindruck breit macht, wir würden andere Aufgaben vernachlässigen, weil die Flüchtlingsfrage unsere Ressourcen über Gebühr beansprucht, dann werden wir es in Deutschland und in Sachsens schwer haben. Die Frage darf nie lauten: Geld für Flüchtlingsunterbringung oder Geld für neue Schultoiletten? Die Schulen

sind gesetzt, ohne Wenn und Aber. Und um die Flüchtlinge müssen wir uns zusätzlich kümmern. Ich erwarte, dass Bund und Länder dies zu hundert Prozent finanzieren.

Es ist oft von „Bereicherung“ die Rede, wenn es um Zuwanderung geht. Ganz am Ende kann es uns gesellschaftlich und auch wirtschaftlich tatsächlich besser gehen. Aber so weit sind wir noch lange nicht. Und es ist auch nicht zwingend, dass sie erfolgreich ist. Aber es liegt in unseren Händen, die Zuwanderung so zu gestalten,

dass wir am Ende sagen können: Es geht uns allen jetzt besser als zuvor. Das verlangt zunächst den Willen aller Beteiligten aufeinander zuzugehen, uns unsere Geschichten zu erzählen und uns als Menschen zu begegnen; es wird nötig sein, auch Rückschläge zu verkraften. Und es braucht einen langen Atem. „Grenzen dicht“ zu fordern, wird uns überhaupt nicht helfen. Denn die Menschen werden aus Krieg und Not ihren Weg zu uns finden. Nutzen wir die Chance, aufeinander zuzugehen, realistisch und menschenfreundlich, ohne Schönreden, aber mit Klarheit und Aufrichtigkeit.

Unterbringung und Integration von Asylbewerbern in Chemnitz: Fokus auf dezentraler Unterbringung – Integration als Hauptaufgabe der nächsten Jahre

Ina Hilbert
Stadtverwaltung Chemnitz

Die Stadt Chemnitz hat mit einem Unterbringungs- und Betreuungskonzept bereits vor mehr als einem Jahr die Leitlinien der eigenen Arbeit definiert: Die Unterbringung soll möglichst dezentral erfolgen. In Chemnitz lebten Ende 2015 daher fast 90 Prozent der Asylbewerber in Wohnungen, die über das gesamte Stadtgebiet verteilt sind. Ein Schwerpunkt liegt auf Offenheit und Transparenz in der Kommunikation. Akzeptanz ist ohne Information fast unmöglich. Nachdem im vergangenen Jahr der Fokus vor allem auf der Unterbringung lag, muss in diesem Jahr das Thema Integration ein stärkeres Gewicht bekommen. Ein entscheidender Baustein dafür ist ein Integrationsgesetz des Freistaates Sachsen.

Da die Zahl der Asylbewerber seit 2010 deutschlandweit angestiegen ist, hat die Stadt Chemnitz bereits im Jahr 2013 begonnen, Leitlinien des Handelns bei der Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern in Form eines Unterbringungs- und Betreuungskonzeptes zu erarbeiten. Bevor das Konzept im März 2015 durch den Stadtrat beschlossen wurde, wurde es im Februar 2015 zunächst auf einer eigens dafür anberaumten Einwohnerversammlung mit der Bürgerschaft diskutiert.

Unterbringung: 89 Prozent der Asylbewerber in Wohnungen im gesamten Stadtgebiet

Wie der Name bereits erkennen lässt, beleuchtet das Konzept als einen Schwerpunkt die Unterbringung der Asylbewerber durch die Stadt Chemnitz, die bis 2015 grundsätzlich in einem abgestuften Verfahren stattfand. Neu zugewiesene Asylbewerber wurden in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht und konnten nach einer Ersteingliederungszeit in eine durch die Stadt angemietete Wohnung, das sogenannte dezentrale Wohnen I, wechseln. Unter bestimmten Voraussetzungen war und ist zudem das Wohnen mit einem durch den Asylbewerber selbst abgeschlossenen Mietvertrag (dezentrales Wohnen II) möglich.

Um den massiven Anstieg der Zuweisungszahlen im Kalenderjahr 2015 bewältigen zu können, ergeht die Unterbringungsentcheidung zwischen Gemeinschaftsunterkunft oder dezentralem Wohnen I abweichend zu diesem abgestuften Verfahren nunmehr sofort mit Erhalt der Zuweisungsdaten von der Landesdirektion Sachsen. Die Entscheidung erfolgt unter anderem in Abhängigkeit von der Bleibeperspektive sowie dem familiären Kontext.

Die Stadt Chemnitz favorisiert – anders als durch das Asylgesetz vorgesehen – die dezentrale Unterbringung, da diese Unterbringungsform gegenüber den Gemeinschaftsunterkünften sowohl integrationsfördernder, aber auch preiswerter ist.

Zum Jahresende 2014 lebten bereits 65 % aller Asylbewerber in Wohnungen; die anderen 35 % in Gemeinschaftsunterkünften.

Mit Beschluss des Unterbringungs- und Betreuungskonzeptes hat sich die Stadt Chemnitz zum Ziel gesetzt, auch zukünftig mindestens 2/3 der Unterbringungsplätze im dezentralen Wohnen bereitzustellen. Dieses Ziel konnte, beeinflusst durch den positiven Faktor des ausreichend zur Verfügung stehenden Wohnraumes, erreicht werden, so dass Ende 2015 sogar 89 % aller durch die Stadt Chemnitz untergebrachten Asylbewerber in Wohnungen über das gesamte Stadtgebiet verteilt lebten.

Neben Haushaltsgemeinschaften von Ehegatten oder Eltern mit minderjährigen Kindern sowie alleinlebenden Frauen, denen die Wohnungen vorrangig zur Nutzung übergeben werden, besteht ferner eine Reihe von gemischten Wohngemeinschaften. Bei der Belegung der Wohnungen finden insbesondere religiöse, sprachliche und ethnische Besonderheiten und Wünsche Berücksichtigung. Für die Anmietung der Wohnungen werden verschiedene Standards, z. B. eine gute Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder das Vorhandensein nahegelegener Versorgungseinrichtungen, angelegt. Zudem werden in der Regel einzelne Wohnungen in Mehrfamilienhäusern zur Unterbringung der Asylbewerber genutzt.